

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher  
No. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeines Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementpreis: 40 Mark pro Jahr. Die Einzelnummer kostet 10 Mark. Bei Nicht-Empfang: Rückzahlung. Kassenpreis: Die einseitige Seite oder deren Raum 12 Mark, die Reklamespalt 25 Mark. Die Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Zustellbar innerhalb 3 Tagen. — Für telefonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

No. 80.

Altensteig, Donnerstag den 3. April.

Jahrgang 1924

## Politische Streiflichter.

Die Deutsche Volkspartei hat ihren Wahlauftrag erlassen, in dem es heißt: Die nächste Zukunft wird über Leben und Sterben des deutschen Volkes entscheiden. Nicht durch agitatorische Schlagworte, sondern nur durch verantwortungsvolle Mitarbeit werden wir unser Schicksal. Der heldenhafte Kampf unserer Volksgenossen in den besetzten Gebieten sei uns Vorbild für die Eringung einer nationalen Volksgemeinschaft. Die Reichseinheit über alles! Dies Einzige, das von Bismarcks Erbe uns noch geblieben, dem deutschen Volke zu erhalten, ist uns heilige Pflicht. Nicht durch Putzsch und Attentate, sondern durch Pflichterfüllung und Opferwilligkeit für das Reich sichern wir unsere völkische Zukunft. Die Mitarbeit der Deutschen Volkspartei in der Reichsregierung hat bereits zum Abbau der sozialistischen Wirtschaftsideen geführt. Es bleibt ihre Aufgabe, auch die letzten unsere Entwicklung hemmenden Fesseln des Marxismus zu beseitigen. Wir werden fortfahren, die Sozialpolitik im Geiste wahrer Arbeits- und Volksgemeinschaft weiter zu entwickeln. Wir waren und sind Gegner der Erfüllungspolitik. Die Deutsche Volkspartei kämpft unter den alten Farben schwarz-weiß-rot. Sie hofft auf ein Wiedererstehen deutscher Macht und Größe unter einem deutschen Volkstafertum.

Es hat einige Verwunderung erregt, als bekannt gegeben wurde, daß dem Reichskabinett ein Gesetzentwurf über die Aufhebung des Staatsgerichtshofes vorliege, denn man konnte sich nicht denken, warum gerade jetzt „zwischen den Reichstagen“ eine Vorlage von so großer innenpolitischer Bedeutung ausgearbeitet worden sei. Diese eintiermischen mysteriöse Angelegenheit wird nun nicht klarer durch die offizielle Erklärung, daß über die Aufhebung des Staatsgerichtshofes bereits vor Auflösung des Reichstages mit den Parteiführern verhandelt worden sei. Ueber den Verlauf dieser Besprechung und die Stellungnahme der einzelnen Parteien wird dagegen nichts gesagt, es wird vielmehr bloß die Behauptung aufgestellt, daß sich eine Mehrheit für die Aufhebung gefunden haben würde, und daß man darauf verzichtet habe, die Aufhebung des Staatsgerichtshofes mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes vorzunehmen. Als einziger sachlicher Punkt für die jetzige Aufstellung der Frage werden Sparmaßnahmsgründe angegeben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich eine sehr lebhaft Debatte entwickeln würde, wenn die Frage des Staatsgerichtshofes jetzt ernsthaft zur Entscheidung käme. Aber die Vorlage der Herren Emminger und Jarres soll erst dem neuen Reichstag zugehen. Bis dahin ist ja aber noch einige Zeit für eine nähere und objektive Betrachtung des Problems.

Das Münchener Urteil findet in einem großen Teil der inländischen Presse scharfe Verurteilung. Am lautesten tut sich die „Frankfurter Zeitung“ hervor. Sie schreibt: Das Urteil im Münchener Hochverratsprozess ist eine Farce und ein Hohn. Das Strafgesetzbuch schreibt vor, daß Hochverrat mit lebenslänglichem Zuchthaus oder Festungshaft zu bestrafen ist. Nur dann, wenn mildernde Umstände anzunehmen sind, kann das Delikt mit einer Festungshaft von fünf bis fünfzehn Jahren bestraft werden. Das Münchener Volksgericht war also gezwungen, auch wenn es mildernde Umstände annahm, zum mindesten eine Festungshaftstrafe von fünf Jahren zu verhängen. Es hat sich dieser Vorschrift der Rechtsordnung, die für alle Deutsche gilt, nur äußerlich gebeugt. Das Volksgericht verfiel auf den Ausweg, in einer bisher unerbörten Weise „Bewährungsfristen“ zu gewähren; auf diese Weise konnte es den Hauptangeklagten neun Zehntel ihrer Strafe von vornherein schenken und die Mitbeteiligten sofort in Freiheit setzen. Ludendorff aber, der „geistige Führer“ des Putzsch, wie ihn ein Militärgericht nannte, wurde freigesprochen. Dieses Urteil bedeutet eine Verhöhnung des deutschen Volkes.

In der Kammer hat Poincare selbst, im Senat der Justizminister die Programmklärung des neuen Kabinetts verlesen. Die Aufnahme war ziemlich kühl. In außenpolitischen Fragen stellte die Programmklärung fest, daß die alte Politik fortgesetzt würde, daß Frankreich die Truppen aus der Ruhr nur nach Maßgabe deutscher Zahlungen zurückziehen wolle, daß so mit der Pfänderpolitik fortgesetzt wird, die man gegen unsichere Versprechungen nicht austauschen könne. Dazu folgte ein Passus über die Sicherheitsfrage und die Reparation, wo der lebhaft Wunsch einer Einigung mit sämtlichen Verbündeten geäußert wurde. Paris liegt ein Entgegenkommen gegen England. Die politische Rechtsabteilung ist vielleicht schon durch Aus-

wahl der Minister vor den Kopf gestoßen worden; und im Ganzen ist ja das neue Kabinett Poincare etwas Uebelnächtliches wie Stresemanns Versuch mit der großen Koalition. Der von Poincare gewonnene Radikalsozialist ist allerdings inzwischen aus der Partei ausgetreten, um einem Ausschluß vorzubeugen; die Linksoption wird also wohl Opposition bleiben. Millerand will weitere Erklärungen abwarten, bevor er seine durch „Matin“ in der vorigen Woche erhobenen Einwände zurückzieht. Es ist bekannt, daß der Präsident mit seinem Rücktritt hat drohen lassen, wenn das neue Kabinett die Politik des alten nicht fortsetze.

## Deutsche Note zur Militärkontrolle.

Ein deutscher Vorschlag.

Berlin, 2. April.

Der deutsche Botschafter in Paris hat dem Präsidenten der Botschafterkonferenz eine Note zur Frage der Militärkontrolle überreicht, in der es heißt: Die deutsche Regierung hat mich beauftragt, der Botschafterkonferenz vor allem zum Ausdruck zu bringen, daß sie den Willen zur Verständigung, der aus der Note der Botschafterkonferenz vom 5. März spricht, anerkennt und würdigt und den Gedanken einer gemeinsamen Anstrengung, um aus der Sechsecke herauszukommen, durchaus akzeptiert. Ueber die Art und Weise der Bewirkung dieses Gedankens habe ich mich, zynen namens meiner Regierung folgende Ausführungen zu machen:

Es ist richtig, daß die alliierten Botschafter in Berlin in der Kollektivnote vom 29. September 1922 die darin aufgeführten Abrüstungsmaßnahmen nicht als die einzigen nach Ansicht der alliierten und assoziierten Mächte noch unausgeführten Abrüstungsmaßnahmen, sondern als nach ihrer Ansicht noch nicht durchgeführte Maßnahmen von besonderer Wichtigkeit bezeichnet haben. Die in der Note nicht angeführten Maßnahmen, die in der Durchführung des Abrüstungsaktes noch fehlen sollen, sind danach aber doch jedenfalls nicht mehr Maßnahmen von besonderer Wichtigkeit. Eine etwaige unvollständige Durchführung unwesentlicher Teile des Abrüstungsaktes kann aber — das glaubt die deutsche Regierung für sich in Anspruch nehmen zu dürfen — nicht dazu führen, daß die Kontrolle beliebig verlängert wird. Die Botschafterkonferenz selbst geht in ihrem Schreiben vom 8. März 1921 an das Sekretariat des Völkerbundes davon aus, daß die Beendigung der Funktionen der Kontrollkommission eine reifliche Durchführung aller Einzelheiten der Deutschland in Teil 5 des Vertrages von Versailles auferlegten Maßnahmen gar nicht voraussetzt.

Inwiefern innerhalb des Rahmens der fünf Punkte Kontrollhandlungen noch erforderlich sind, ist eine Frage, die nach Ansicht der deutschen Regierung nicht einer einseitigen Entscheidung durch ein Organ der alliierten und assoziierten Mächte, sondern einer Verständigung von Fall zu Fall überlassen werden sollte. Gegenüber einer Nation von Tradition und lebendigen Gefühls für nationale Würde kann auf die Dauer unbillig alles auf die Formel Befehl und Unterwerfung gestellt werden. Sollten die alliierten und assoziierten Regierungen es zulassen, daß eines ihrer Organe diese elementare Wahrheit mißachtet, so würde sie dadurch nur die Strömung nähren, die der endgültigen Befriedigung Europas weit abträglich sind, als es irgend ein Entgegenkommen in der Frage der deutschen Abrüstung sein kann.

Die deutsche Regierung hat mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß die alliierten und assoziierten Regierungen diesen Gedankengängen im Ergebnis wenigstens insofern zu folgen bereit sind, als sie sich erboten, die Aufgaben der Kontrolle auf die Vereinigung der fünf Punkte zu beschränken, und das jetzige Organ dieser Kontrolle durch ein anderes zu ersetzen, sobald die Vereinigung der fünf Punkte bis zu einem gewissen Stadium vorgeritten ist. Die deutsche Regierung ihrerseits möchte etwas weitergehen. Sie gestattet sich den Gegenvorschlag, die Durchführung dieser beschränkten Aufgabe der Militärkontrolle von vornherein in die Hände eines anderen Organes zu legen, eines Organes, das der Beschränkung seiner Aufgaben auch durch die Beschränkung seines Personalbestandes Rechnung trägt und durch eine Zusammenfassung, die sich dem einschränkenden Charakter der in den fünf Punkten formulierten Materien anpaßt und eine Gewähr dafür bietet, daß sich die Militärkontrolle in dieser ihrer letzten Phase in einer Atmosphäre ruhiger Verhandlungen abspielt.

Nun erklärten die alliierten und assoziierten Mächte allerdings, eine derartige Beschränkung der Kontrolle erst dann zuzulassen zu können, wenn sie sich zuvor davon überreuen hätten, daß Deutschland abgesehen

von den fünf Punkten seinen Abrüstungsverpflichtungen aus Teil V des Vertrages von Versailles im wesentlichen genügt hat. Das ist ein Gedankengang, dem die deutsche Regierung nicht zu folgen vermag. Daß Deutschland, abgesehen von den fünf Punkten, im September 1922 auch nach Ansicht der alliierten und assoziierten Regierungen mit dem wesentlichen Teil des Abrüstungsaktes nicht mehr im Rückstand war, ergibt, wie oben ausgeführt, nach Auffassung der deutschen Regierung bereits die Kollektivnote vom 29. September 1922. Tatsächlich ist ja auch beispielsweise von der englischen Regierung — vergleiche insbesondere die Erklärungen des Unterstaatssekretärs für das Kriegswesen in der Unterhausdebatte vom 7. Mai 1923 — wiederholt positiv anerkannt worden, daß Deutschland, abgesehen von den fünf Punkten, seinen Abrüstungsverpflichtungen genügt und insbesondere seine Wehrmacht auf das zulässige Soll von 100 000 Mann reduziert und die Abgabe von Waffen und Munition in vollkommen zufriedenstellender Weise durchgeführt hat. Die Frage, welche die alliierten und assoziierten Regierungen offenbar aufwerfen, ist also dahin zu formulieren, ob der deutsche Rüstungsstand noch derselbe ist, wie er im Sommer 1922 und mindestens auch noch im Frühjahr 1923 auf Grund der insoweit durchgeführten Abrüstung sich darstellte. Wenn die alliierten und assoziierten Mächte Bedenken tragen, diese Frage ohne weiteres zu bejahen, ist es verständlich, wenn sie den Wunsch haben, sie einer Nachprüfung zuzuführen. Aber man dürfte in die Rechte des Völkerbundes eingreifen, wenn man eine derartige Nachprüfung in die Hand des zur Kontrolle des Abrüstungsaktes berufenen Organes der alliierten und assoziierten Mächte legen würde, anstatt es dem Völkerbunde zu überlassen, erforderlichenfalls eine Untersuchung gemäß Art. 213 des Vertrages von Versailles in die Wege zu leiten. Das Verfahren aus Artikel 213 ist ja gerade für Fälle gemacht, in denen der Völkerbund als die zur Wahrung der gesamteuropäischen Interessen berufene Institution den Eindruck gewinnt, daß sich im Stande der deutschen Rüstungen Veränderungen vollzogen haben, die vom Standpunkt der gesamteuropäischen Interessen aus zu Bedenken Anlaß geben. Die deutsche Abrüstung soll nach der Einleitung zu Teil V des Vertrages von Versailles die Vorbedingung für die allgemeine Abrüstung darstellen. Die Frage der Aufrechterhaltung des durch die deutsche Abrüstung geschaffenen Zustandes gehört dagegen bereits in den Rahmen der allgemeinen Abrüstung hinein und kann daher nicht getrennt von ihr betrachtet werden. Deshalb kann diese Frage schließlich nur von derjenigen Institution überwacht und geprüft werden, deren Leben durch den Vertrag und den Völkerbundspakt die allgemeinen Interessen aller Völker, insbesondere die Interessen Gesamt Europas, anvertraut sind.

Die deutsche Regierung macht den in der Botschafterkonferenz vertretenen alliierten und assoziierten Mächten daher den Gegenvorschlag, daß sie sich zur Verberkung derjenigen Untersuchungsmaßnahmen, die sie im Interesse ihrer Verberkung über den deutschen Rüstungsstand für nötig halten, an den Rat des Völkerbundes wenden, wobei sie zur Erwägung stellt, ob es sich nicht zur Verberkung eines gleichzeitigen Funktionierens zweier verschieden ressortierender Kontrollorgane empfehlen möchte, das oben erwähnte reduzierte Organ zur Vereinigung der fünf Punkte dem Rat des Völkerbundes zu unterstellen. Sache des Völkerbundes würde es dann sein, zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Anordnung einer Spezialuntersuchung gemäß Artikel 213 gegeben sind.

Die deutsche Regierung ist sich darüber klar, daß eine Erweiterung des Kreises derjenigen Mächte, die in die deutschen Verhältnisse Einblick nehmen können, in der Theorie nicht ausschließlich erwünschte Perspektiven eröffnet. Sie hat aber zu dem Völkerbund das Vertrauen, daß er in der Lage sein wird, diese Bedenken in der Praxis zu paralysieren. Der Völkerbund wird insbesondere die etwa nach Deutschland zu entsendende Untersuchungskommission so zusammenfassen können, daß sie nach Bedeutung und geistiger Einstellung ihrer Mitglieder nicht als im Interesse einzelner Mächte, sondern nur als im Gesamtinteresse Europas handelnd erscheinen kann. Er würde auch in der Lage sein, durch die gleichzeitige Einleitung eines tatsächlichen und allgemeinen Abrüstungsaktes die breite Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß die etwa für notwendig gehaltenen Untersuchungsmaßnahmen nicht der dauernden Aufrechterhaltung des jetzigen Mißverhältnisses zwischen dem deutschen Rüstungsstand und demjenigen seiner Nachbarn, sondern der ehrlichen und endgültigen Befriedigung Europas dienen.

Genehmigen Sie usw. ges. v. 2. 8. 24.





**Nudeln** - Wasser 1 Pfund 28 Pfg., bei mehr  
- Eier 1 Pfd. 36 Pfg., bei mehr 34 Pfg.  
- Suppen 1 Pfd. 34 Pfg., bei mehr 32 Pfg.  
**Marmelade** mit garantiert reinem Zucker eingekocht  
1 Pfd. 52 Pfg., bei mehr  
**Löwendrogerie Gebr. Benz, Nagold**  
Filiale Altensteig im Hause des Herrn R. Kaltenbach sen.

Ich suche auf i. S. 1924 ein  
tüchtiges  
**Mädchen**  
zur Beihilfe im Haushalt und  
kleiner Landwirtschaft. Hoher  
Lohn, familiäre Behandlung.  
Frau M. Schläpfer  
Unterreichenbach O.-H. Calw.

Wart. 2. April 1924.  
Calw.  
**Trauer-Anzeige.**

Unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater,  
**David Schaible,**  
Basler Missionar a. D.  
ist heute Vormittag 10 Uhr im Alter von 72 Jahren  
in die ewige Heimat abgerufen worden.  
Namens der trauernden Kinder:  
**S. Schaible, Pfarrer in Wart.**  
Beerdigung: Freitag 2 Uhr in Calw.

Altensteig.  
Schöne solid gebaute  
  
**Kinder- und  
Hand-Leiter-  
Wagen**  
sowie starke Kastenwagen  
sind wieder eingetroffen und empfiehlt solche  
billigst  
**Fritz Bühler jr.**

Altensteig.  
**Für Frühjahr und Konfirmation**  
empfehle mein reich-  
haltiges Lager in  
  
**Hüten  
u. Mützen**  
in den neuesten Fas-  
sonen u. Farben von  
billigsten bis feinsten  
Qualitäten, besond.  
auch sehr schöne  
**Konfirmandenhüte**  
alles zu billigsten Preisen.  
**Karl Walz,** Hut- und  
Mützenschäft.  
Prima Gummihosenträger empfiehlt bei Obige.

Altensteig.  
**Dankagung.**  
Für die wohlthuenden Beweise herzl. Teilnahme  
beim Heimgang unseres lb. Sohnes u. Bruders  
**Friedrich**  
für den erhebenden Gesang des gemischten  
Chors, für die schönen Musikvorträge, für die  
letzte Ehrung seitens seiner Altersgenossen, sowie  
für die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhe-  
stätte sagen herzlichsten Dank.  
die Eltern: **Johs. Seeger mit Frau  
und Geschwister.**

**Schirme**  
in reichhaltiger Auswahl  
**Reinhold Hayer Altensteig**

  
**Kochgeschirre.**  
Ringhüfen, Brat-  
kasserole, Fleischlöpfe,  
Koch- u. Bratpfannen,  
Omelette- u. Schmelz-  
pfannen, Waffeleisen  
in gußeisen, inoxidiert, gußemailliert, blechemailliert,  
Aluminium und Stahlblech, sowie  
**Messingpfannen**  
empfehlen billigst:

**Baustangen.**  
Wir kaufen laufend größere und kleinere Posten  
Bau- und Dachstangen und erbitten Angebote,  
**Schwarzwälder Baugefellschaft**  
m. b. G.  
Nagold.

verlangt überall  
**Raucher Frey's  
Spezialkeule**  
eine wirklich vorzügliche 10 Pfg. Zigarre.  
Händler und Wirte beziehen solche von  
**Wilhelm Frey, Cavakwarengroßhandlung  
Altensteig.**

**Henssler  
Eisenwarenhandlung.**

Oberweiler.  
Wir danken allen Einwohnern von Oberweiler und  
Richtalden für die reichliche Hilfeleistung bei unserem  
Kaminbrand und sprechen vielmals  
**Bergelt's Euch Gott!**  
Familie Großhans.

  
**Bekleidung  
Ausstattung  
Paul Ränchle, Calw.**

Altensteig.  
**Reißzeuge**  
in einfacherer u. besserer  
Ausführung  
empfehlen die  
**W. Ricker'sche Buchhandlg.**  
Eine gebrauchte  
**Singernähmaschine**  
verkauft  
**Hans Lutz  
Altensteig-Verl.**

Simmersfeld.  
**Schönes  
Porzellan**  
und  
**irden Geschirr**  
ist eingetroffen bei  
**Braun Handlung.**

**Schüle's Eierfadennudeln**  
in Paketen à 1/2 Pfund und 1 Pfund  
**Bandnudeln** } Hörnle  
**Makkaroni** } Suppenfeig  
(Buchstabensuppe)  
empfehlen billigst  
**Jakob Hanselmann.**

Altensteig.  
**Gemüse- u. Blumen-Samen**  
sowie Angerssen- u. Steckbohnen  
in erprobten Sorten empfiehlt billigst  
**Walz, Gärtner.**

**Drei Anzüge**  
einer wie neu, passend für  
16 bis 20 Jahr Alte, verkauft.  
Wer? — sagt die Ge-  
schäftsstelle ds. Bl.

Ebdhausen.  
Ein Paar schöne, starke  
**Säuser-  
Schweine**  
verkauft  
**Christian Herter.**

**Briefordner  
und  
Schnellhefter**  
sowie  
**Durchschlagpapier  
Schreibmaschinen-  
Kohlenpapier**  
hat stets auf Lager  
die  
**W. Ricker'sche Buchhdlg.  
Altensteig.**

**Delfarben**  
in Dosen  
von 1 bis 25 kg Jafell,  
Trockenstoff,  
Muffenpulver usw.  
sind billigst erhältlich bei  
**Lorenz Luz jr.  
Altensteig Telefon 46.**  
**Heu und Stroh**  
liefert jedes Quantum  
**Ebr. Herter, Ebdhausen  
Telefon Nr. 17.**

**Achten Sie beim Bezug Ihrer Italiener-Eier  
zum Einkalken immer auf Qualität!!**  
Ich empfehle meiner werten Kundschaft, die volle Produktions-  
entwicklung und billigere Preise abzuwarten und nehme Be-  
stellungen auf  
**italienische und steierische Eier**  
in Kisten à 1440, 720, 360 Stück, sowie im Anbruch lieferbar  
in 2-3 Wochen zu **billigsten Tagespreisen** entgegen.  
Von heute eingetroffener Sendung  
**schwerste frische Italiener-Eier 1 Stück 12 Pfg.**  
**Chr. Burghard jr.**

**Milch-  
schweine**  
hat zu verkaufen am Samstag  
**Adam Großhans (P. S.)**

**Zümmowin**  
Bersant, Schokolade und Wagon  
belegte Kugeln  
mit Schokoladen-  
geläutert  
**Kukirol**  
Besonders empfohlen. Milchkaffee schmeckt. — In Apotheken  
und Drogerien erhältlich. — Gegen Fußschweiß, Ödem und  
Blutleiden außerordentlich.  
**Drogerie J. Englert, Altensteig.**

